

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: 520. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Goldstraße 9-5 Ullr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sozialdemokratie und Separatisten.

Hoffmanns Darlegung vor dem Generalkonjul Clive.

Die böhmische Presse gefällt sich noch immer darin, die sozialistische Bewegung in der Pfalz, die auf ihre Loslösung von Bayern hinstrebt, in eine Linie mit der separatistischen, durch französische Machtmittel unterstützten Aktion zur Schaffung eines selbständigen Staates unter Vorgreifung vom Reich zu stellen. Wie verlogen diese Darstellung ist, hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Hoffmann-Kollerslauten auch dem englischen Generalkonjul Clive aus München dargelegt, der zur Untersuchung der Pfalzereignisse mit allen Bevölkerungskreisen in Verbindung stand. Hoffmann gab folgende Erklärung ab, die in der Pfalz unter der französischen Zensur begreiflicherweise nicht veröffentlicht werden darf:

Der Herr Generalkonjul ist davon unterrichtet, daß vor dem Einbruch der Separatisten in der Pfalz die pfälzische sozialdemokratische Partei eine Aktion unternahm, die zum Ziele hatte, eine Pfalz, losgelöst von Bayern, aber im Rahmen des deutschen Reiches zu errichten. Besonders im unbesetzten Deutschland tritt nun da und dort die Meinung zu Tage, als ob die separatistische Bewegung gleichsam die Fortsetzung dieser sozialdemokratischen Aktion bilde.

Diese Auffassung ist grundfalsch, weshalb ich Veranlassung nehme, das Verhältnis beider Aktionen darzulegen. Sie entstehen lediglich, sowohl inneren wie auch äußeren Zusammenhänge. Sie sind durchaus verschieden und gegenüberlich in bezug auf die Träger der Aktion, die Methode und das Ziel des Unternehmens.

1. Träger der zeitlich ersten Aktion war allein die sozialdemokratische Partei der Pfalz, Träger der zweiten Aktion waren Personen, die zum Teil seit langem als Träger separatistischer Bestrebungen bekannt waren. Jegliche Zusammenarbeit hat niemals zwischen beiden Trägern stattgefunden.

2. Die Methode der Separatisten war die der gewalttätigen Besetzung der Pfalz mit Hilfe bewaffneter Haufen. Die Sozialdemokratische Partei hätte sich bei Durchführung ihrer Aktion lediglich gefügt auf die Massen ihrer Anhängererschaft be-

sonders in den großen Städten. Jegliche Gewalttätigkeit waren dabei vollständig ausgeschlossen.

3. Das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung war die Schaffung eines selbständigen Staates im Verande des Deutschen Reiches. Die Separatisten dagegen wollen einen völlig autonomen Staat außerhalb des Reiches, einen Gedanken den die sozialdemokratische Partei der Pfalz aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen ablehnt.

Wie gerade die Aktion der Sozialdemokratischen Partei in schärfstem Gegensatz zu der separatistischen Bewegung stand, ergibt sich aus folgender Tatsache:

Gelegentlich einer Besprechung von Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Verbände bei General de Mehl trat der vorstehende Heinz-Orbis für die Errichtung einer „autonomen Pfalz“ ein und erklärte wörtlich: „Im Rahmen des Reiches ist eine These.“ Ich trat Heinz in der schärfsten Weise entgegen und betonte, daß die Pfalz ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben muß, ist für uns unüberwindliches Gesetz.

Auf die Gründe, welche die Sozialdemokratische Partei zu ihrer Aktion veranlaßt habe, zu sprechen kommend, erklärte ich: Die Aktion soll in erster Linie kein der Ausdruck schärfsten Protestes gegenüber der reichsfeindlichen Haltung und offenkundigen Verfassungsverletzung der bayerischen Regierung. Sie hatte aber — ich betonte das besonders — auch hervorragend den Zweck, eine Separatistenaktion in der Pfalz unmöglich zu machen, die autonome Pfalz zu verhindern und die Pfalz dem Reich zu erhalten.

An diesem Standpunkt hat die Sozialdemokratische Partei der Pfalz bis heute festgehalten. Sie lehnt deshalb in völliger Uebereinstimmung mit sämtlichen übrigen Parteien der Pfalz den Separatismus und den Gedanken eines autonomen Pfalz ab.

Diese Erklärung ist so eindeutig, daß sie selbst in die begriffswidrlichsten böhmischen Hirne aufgenommen werden könnte. Den Nationalisten im unbesetzten Gebiet gefällt es aber besser, die reichstreuere Partei mit dem separatistischen Gesindel auf eine Stufe zu stellen. Sie wollen damit lediglich ihre eigenen Verbrechen am Deutschen Reich vertuschen.

Die Arbeiterregierung.

Von Rudolf Breitscheid.

Mit einer Mehrheit von rund 70 Stimmen ist im englischen Parlament das Kabinett Baldwin gestürzt und damit der Regierung Ramsay MacDonald der Weg freigemacht worden. Das Ereignis konnte seit Wochen als sicher bevorstehend angesehen werden, obwohl Kräfte genug am Werke waren, es zu vereiteln. Sie erhielten einen gewissen Spielraum dadurch, daß Baldwin, wie er angibt, auf den Rat einer hohen Autorität — wohl des Königs — hin nicht unmittelbar nach dem für ihn ungünstigen Wahlausgang zurücktrat, sondern es auf die Entscheidung der Volksoberkeit ankommen ließ. Während dieser Frist versuchten gesellschaftlicher Snobismus und politisch-wirtschaftliche Angst vor dem, was eine Arbeiterregierung den herrschenden Klassen antun könnte, in schönem Bunde die notwendige Entwicklung aufzuhalten. Teile der Ober- und Mittelschichten schauerten vor dem Gedanken zurück, daß Proletarier und Leute, die nicht auf den vornehmen Schulen zu Eton bzw. Harrow und auf den Universitäten von Oxford und Cambridge ihre Erziehung genossen hatten, die Plätze in Seiner Majestät Regierung untereinander verteilen sollten. Daneben wurde dann die Gefahr des Sozialismus ganz allgemein und der Vermögensabgabe im besonderen an die Wand gemalt. Geschäftstüchtige Börsenmänner begannen eine Flucht aus dem Pfund zu inszenieren, um das Ergebnis dann als einen Beweis für die Unmöglichkeit eines sozialistischen Kabinetts ins Treffen führen zu können. Die ältesten Adenhalter wurden heroorgefucht, um den braven Bürger zu schrecken, und, wie vor einigen Jahrzehnten in Deutschland, arbeitete man jetzt auf den britischen Inseln beispielsweise auch mit der Behauptung, daß die Schüler von Karl Marx es darauf abgesehen hätten, die Heiligkeit des Familienlebens anzutasten.

Aber dieser Kampf „wider den Marxismus“ ist drüben erfolglos geblieben. Das Bemühen, die Liberalen für einen Ordnungsbund mit den Konservativen zu gewinnen, schlug fehl, und nur etwa zehn von ihnen, die sich nebenbei schon bei der Wahl der freundlichen Unterstützung der Baldwinleute erfreut hatten, gingen in der entscheidenden Abstimmung mit denen, die die hehren Güter des Kapitalismus gegen den Ansturm der Labour-Leute verteidigen wollten. Die Führer der Liberalen, Asquith und Sir John Simon in erster Linie, bewiesen genügend gesunden Menschenverstand, um das Gros ihrer Partei dieses verweirte Mandat nicht mitmachen zu lassen. Sie wurden dabei von dem besten Teil der liberalen Presse, besonders vom „Manchester Guardian“, aufs nachdrücklichste unterstützt. Den deutschen Liberalen und Demokraten sei die Lektüre der Artikel des „Manchester Guardian“ sehr angelegentlich empfohlen. Sie könnten außerordentlich viel aus ihnen lernen; sie könnten aus ihnen erfahren, wie ein wirklich fortschrittlich gesinntes Bürgertum nicht die Aufgabe hat, einer Arbeiterregierung Schwierigkeiten zu machen, sondern ihr vertrauensvoll und unterstützungsbereit begegnen sollte. „Eine ganze Anzahl Leute“, so heißt es beispielsweise an einer Stelle, „wird in dieser Situation auf die Probe gestellt werden, angefangen mit dem Führer der Arbeiterpartei. Man sollte große Nachsicht mit einem Manne haben, der sich einer gigantischen Aufgabe gegenüberstellt, und wenn er zuwelen als Staatsmann danebengreift oder als Politiker die Kerren verlieren sollte, so sollten diejenigen, die gleich mit dem Verdammungsurteil bei der Hand sein werden, ein wenig an ihre eigene Brust klopfen und sich fragen, ob sie es besser gemacht haben würden... Alles, was von den Liberalen gefordert wird, ist eine freundliche edelmütige Haltung und die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen.“

Natürlich sind es letzten Endes nicht ausschließlich der Edelmut und das Festhalten an den in der Tradition verankerten verfassungsmäßigen Grundfragen gewesen, die Asquith und seine Freunde zur Ablehnung der Koalition mit den Konservativen bestimmt haben. Sie mußten sich sagen, daß die Verhinderung einer Arbeiterregierung durch ihre Schuld der Labour Party agitatorisch und organisatorisch zu großem Vorteil gereichen und den Liberalen selbst beträchtlichen Schaden zufügen würde. Sie waren und sind sich außerdem darüber klar, daß die neue Regierung, die von sich aus nur über eine Minderheit im Parlament verfügt, auf ihre Legitimität angewiesen ist, und daß sie infolgedessen, obwohl keine Koalition besteht, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Politik des Kabinetts MacDonald ausüben können. Das muß zur Beurteilung des Wesens der englischen Arbeiterregierung im Auge behalten werden: sie besetzt alle Posten ausschließlich mit ihren Anhängern, aber sie ist nur so lange lebensfähig, als sie die Unterstützung der Liberalen hat, denn es gibt in ihren Reihen keinen auch nur halbwegs ernstzunehmenden Politiker, der mit dem Gedanken einer Diktatur spielte und von den Linien der parlamentarischen Demokratie abweichen sollte. In dieser Abhängigkeit liegt zweifellos eine gewisse Schwäche für unsere Freunde. Sie werden nur sehr langsam und schrittweise vorgehen können, sie werden ihre eigentlich sozialistischen Ziele, ohne sie grundsätzlich zu verteidigen, zurückstellen müssen und sich einstweilen auf die Durchführung bestimmter, auch von den Liberalen als mehr oder weniger berechtigt anerkannter Forderungen zu beschränken haben. Aber schließlich liegt das ja auch im politischen Charakter des englischen Volkes, das für Theorien weniger empfänglich, seine Arbeit auf die Lösung jeweiliger Tagesprobleme konzentriert und dazu kommt, daß der bessere Teil des englischen Liberalismus vorurteillos genug ist, um

Die Arbeiterregierung im Amt.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der König hat die von MacDonald vorgelegte Ministerliste genehmigt. Diese Liste deckt sich genau mit der bereits gestern gemeldeten Zusammenfassung des Kabinetts (im heutigen Morgen-„Vorwärts“ veröffentlicht. Red.). Die Besetzungen derjenigen Minister, die nicht dem eigentlichen Kabinett angeschlossen sind, sind noch nicht offiziell mitgeteilt.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Schnelligkeit, mit der MacDonald die hauptsächlichsten Namen seiner neuen Mitarbeiter bekanntgegeben hat, hat einen guten Eindruck hervorgerufen. Die Ministerliste wird selbst unter den Wählern, die am schärfsten die Arbeiterpartei bekämpfen, nicht ungünstig aufgenommen.

Die „Times“ schließt ihre Betrachtungen mit den Worten: „Alles in allem scheint MacDonald seine Auswahl verständnisvoll getroffen zu haben.“

Das Wort meint, die Ueberraschung der Ministerliste sei die Ernennung des Lord Chelmsford zum ersten Lord der Admiralität, die von MacDonald und seiner Umgebung bereits seit längerer Zeit geplant gewesen sei, doch sei dieses Geheimnis bis zuletzt gut gewahrt worden. Chelmsford war früher Vizkönig von Indien, Gouverneur des australischen Staates Queensland und von Neuseeland.

„Manchester Guardian“ hebt den starken Prozentsatz von Intellektuellen, die der Arbeiterbewegung angehören, unter den Ministern hervor. Die Gewerkschaftsführer seien durch Thomas, Henderson, Caines, Walsh, Shaw, Adamson und Hartshorne vertreten, aber Repräsentanten des extremen Flügels der Arbeiterbewegung fehlten.

Keine blasse Ahnung!

Ramsay MacDonald vom Vatikan aus gesehen.

Der aus dem Osten importierte Auslandspolitiker der „Deutschen Zeitung“ fühlt sich verpflichtet, die Person des neuen englischen Premierministers seinen Lesern vorzustellen. Denn, nicht wahr, als deutschnationaler Handlungsgehilfe oder bismarckbündlerischer Priester muß man doch wissen, was in Europa vorgeht, oder wenigstens „man so tum“. Also: durch Herrn H. v. S. erfährt die Laurenzbrücker-Gemeinde, daß es zwar in England „keine Gewerkschaftsbewegung gibt wie bei uns“, daß aber MacDonald „einer der ersten Gewerkschaftsführer war“. Zufällig hat der geliebte Arbeiter MacDonald niemals einer Gewerkschaft angehört.

„Er gehört zur sogenannten Fabiergesellschaft“ — deren Ziele lobann in einigen gelehrten, aber unrichtigen Sätzen erläutert werden. Auch hier hat der böhmische Baron danebengehauen. MacDonald ist niemals in der Fabiergesellschaft hervorgeritten (Bewerbung mit Edwin Webb), sondern er gehört der Unabhängigen Arbeiterpartei an.

Aber es kommt noch viel Besseres: „Damals (d. h. zu Beginn des Krieges. Red. v. W.) Minister im Kabinett Asquith, trat er aus diesem aus, weil er die Arlegspolitik Lord Grens verurteilte und in schärfster Weise gegen den Eintritt Englands in den Krieg sprach.“ Der böhmische Baron hat so dunkel in Erinnerung —

man ist doch Auslandspolitiker eines Berliner Blattes, Teufel — daß so etwas Anfang August 1914 passiert ist. Doch sind diese Epilode auf Lord Rorke, John Burns und Trevelyan (letzterer inzwischen Sozialist geworden und Unterrichtsminister in der neuen Arbeiterregierung) bezogen, braucht einen nicht zu kümmern. Man schreibt eben es MacDonald zu und denkt sich: Blödsinnig trifft's? Oder man denkt sich gar nichts dabei, denn man schreibt ja für jeder der „Deutschen Zeitung“.

Aber damit nicht genug: Der ausgeschiedene Asquith-Minister, der Protestler gegen Grens Kriegspolitik „wandelte sich sehr schnell, schon anderthalb Jahre später war er einer der eifrigsten Propagandareisenden und setzte zum Durchhalten, zum Vernichtungskrieg gegen Deutschland“.

Die ganze Welt hat nach den unentwegten Kampf in Erinnerung, den MacDonald an der Spitze einer kleinen Phalanx — in der seine jetzigen Mitarbeiter Snowden, Trevelyan, Jewett, Bonfand und Buxton mit ihm an Mut und Energie nachzueiferten — durch behende Anfragen und scharfe Reden für den Verständigungsfrieden oder Kriegsjahre hindurch im Unterhaus führte. Nur der Auslandspolitiker der „Deutschen Zeitung“ wehlt nichts davon und macht aus ihm einen Deutschenbasser und Kriegspropagandarebner!

Macdonald wurde sogar wegen dieser Aktivität nicht nur beschimpft und gehaßt wie kein anderer in England, ein wahrer persönlicher und gesellschaftlicher Boykott wurde über ihn verhängt.

Es haben sich in der Tat manche Leute „sehr schnell gewandelt“. Nicht nur der Autor der Hohenzollern-Legende, sozialdemokratischer Pastor und Schriftleiter der deutschböhmischen „Deutschen Zeitung“. Auch die baltischen Berone standen bis 1917 zum Teil auf Seiten des Jaren und ließen sich an Deutschenhass durch niemanden überreifen. Jetzt treiben sie deutschnationalen Politik und klären bismarckbündlerische Jugend und deutschnationalen Handlungsgehilfen politisch auf. Danach sieht die Klärung auch aus.

Die kommende Goldnotenbank.

Paris, 23. Januar. (Eca.) Der Mitarbeiter des „Journal“, Chassaing, der gute Beziehungen zu gewissen Persönlichkeiten der Reparationskommission hat, schreibt zu dem gestrigen Kommuniqué der Reparationskommission, der Sachverständigenauschuh habe bezüglich der Goldnotenbank den Plan Dr. Schachts einfach angenommen. Damit die Goldnotenbank vollkommen unabhängig wird und keinen inneren und äußeren Einflüssen unterliege, solle sie ihren Sitz im Auslande, wahrscheinlich im neutralen Auslande haben. Der Verwaltungsrat werde aus Amerikanern, Neutralen und Deutschen bestehen. Das beteiligte Goldkapital werde nicht so bedeutend sein, da es in der Hauptsache als Garantiefonds dienen müsse. Die Buchführung werde auf Goldmarkbasis eingerichtet. Die Bank wird Papiergeld in Goldwert ausgeben, aber an ihren Schatzern Papiermark zum Tageskurs entgegennehmen und hierbei gegen eine eornliche Baiffe doken. Sie werde formell die Diskontierung von Staatspapieren ablehnen. Dieses Programm sei auf Grund von Rückschlüssen des Präsidenten der Niederländischen Bank, Dissering, ausgearbeitet worden. Sowohl London wie Amsterdam hätten die Verrichtung gegeben, die notwendige finanzielle Unterstützung zu leisten.

notwendige Umstellungen und Reformen vorzunehmen. Nicht als ob es ihm an bürgerlichen Klasseninteresse fehlte, aber er pflegt im allgemeinen weniger kurzfristig und weniger engherzig zu sein als die ihm den Namen nach entsprechenden Parteien auf dem Festland.

Bei der Arbeitslosen- und Wohnungsfrage wird es besonders die internationale Situation sein, mit der sich das Kabinett Macdonald unter den so gegebenen Umständen beschäftigen muß, und hier wird ja auch das deutsche Interesse sehr stark berührt werden. Mit Rußland wird man, wenn nicht die afghanischen Angelegenheiten gar zu hindernd im Wege stehen, sehr bald zu einer Verständigung gelangen, die zu einer rechtlichen Anerkennung der Sowjetregierung führt. Von größerer Bedeutung sind die Beziehungen zu Frankreich, da von ihrer Gestaltung in hohem Maße die Lösung des gesamteuropäischen Problems abhängig ist. Unser Freund Thomas, der, wie es scheint, auch einen Platz im Kabinett erhalten wird, hat in den letzten Tagen im Parlament noch einmal versichert, daß die Arbeiterpartei nicht die Absicht habe, einen Bruch mit Frankreich herbeizuführen. Aber was sie will, ist eine stärkere Betonung des englischen Standpunktes. Sie will schon mit Rücksicht auf die Interessen der englischen Wirtschaft nicht zum Schleppenträger der Poincaréschen Politik werden. Sie macht den bisherigen englischen Nachkriegsregierungen den Vorwurf des Mangels an Energie und Gradlinigkeit in dem Auftreten gegenüber dem Verbündeten. Sie hat es dabei insofern verhältnismäßig leicht, als sie unmittelbar an die letzten Äußerungen der Baldwin'schen Politik anknüpfen kann, die ja auch schon — vielleicht im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungswechsel — eine größere Festigkeit erkennen ließen. Wir dürfen also hoffen, daß die Periode der britischen Passivität überwunden ist und sollen uns nur nicht der Illusion hingeben, als ob die englische Arbeiterpartei den deutschen Kapitalisten und Erfüllungsfaktoren bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Kastanien aus dem Feuer holen werde. Die neue Regierung steht dem deutschen Volk vorurteilslos und mit Sympathie gegenüber, aber sie weiß zu unterscheiden und wird sich niemals zum Vertreter der Interessen des innen- und außenpolitisch reaktionären Unternehmertums machen.

Dessen sollte sich auch das Kabinett Marx bewußt sein, es würde jedenfalls ein Zeichen kluger Einsicht sein, wenn es sich entschließen könnte, bei der Besetzung der Posten in der deutschen Botschaft zu London der Grundeinstellung Macdonalds Rechnung zu tragen und die erforderlichen Verhandlungen in die Hand von Leuten zu legen, die einer Arbeiterregierung nicht mit mehr oder weniger fähigem Interesse, sondern mit wirklichem Verständnis gegenüberstehen. Aber diese Erwartung wird sich wohl kaum verwirklichen in einer Zeit, in der auch im deutschen Auswärtigen Amt der Kurs offensichtlich immer mehr nach rechts gelegt wird.

Englands neue Führer.

Das Auffallende an dieser Ministerliste ist die Zusammensetzung von Männern, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, von Intellektuellen und von Angehörigen des ältesten englischen Adels. Die meisten Namen dieser Liste besitzen schon internationale Ruf und viele sind in der europäischen Arbeiterbewegung hervorragend tätig gewesen.

Macdonald, Sohn eines armen schottischen Fischers, hat als Dorfschullehrer begonnen, hat sich später als religiöser Wanderprediger betätigt und hat dann als sozialistischer Parlamentarier und Schriftsteller einen Namen erlangt. Bekanntlich war Macdonald während mehr als einem Jahr Sekretär der 2. Internationale, als diese nach dem Genfer internationalen Kongress von 1920 ihren Sitz von Brüssel nach London verlegte. Macdonald war während des Krieges einer der meist gehaltenen Pazifisten und verteilte seine Zeit bei den Wahlwahlen vom Dezember 1918.

Clynes, der ehemalige Weber, ist schon einmal ein Zeitungsmann gewesen, und zwar als Ernährungsminister im Kabinett Lloyd George, ebenso Arthur Henderson, ehemals Bleicharbeiter, der als der große Organisator der Arbeiterpartei,

deren Generalsekretär er ist, gilt. Nach dem Kriege und bis zum Hamburger Kongress war er Vorsitzender der 2. Internationale und ist seitdem auch Vorsitzender in der Sozialistischen Arbeiterinternationale geblieben. Nach dem Hamburger Kongress wird er, ebenso wie Macdonald, Tom Shaw und J. H. Thomas, infolge der Annahme eines Ministerpostens seine Funktion in dem Bureau der Internationale niederlegen müssen.

Tom Shaw, vom Beruf Textilarbeiter, ist den deutschen Genossen als Sekretär sowohl der Sozialistischen Internationale wie auch des Internationalen Textilarbeiterverbandes so gut bekannt, daß sich eine weitere Besprechung der Person des neuen Arbeitsministers hier erübrigt. Es sei nur erwähnt, daß Shaw aus eigenen Mitteln die deutsche und die französische Sprache erlernt hat, die er ganz vorzüglich beherrscht.

J. H. Thomas, früher Eisenbahner und Begründer des englischen Eisenbahnerverbandes, war der Schatzmeister der 2. Internationale und ist bisher der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gewesen.

Des weiteren sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen Adamson und Walsh, ehemalige Werftarbeiter, Tomsett, früher Textilarbeiter usw.

Philip Snowden, früher Privatangestellter, hat die gleichen Ansichten während des Krieges propagiert und hat das gleiche Schicksal bei den Wahlen vom Dezember 1918 erlitten. Er hielt im letzten Unterhaus eine aufsehenerregende programmatische Rede über die Notwendigkeit der Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus.

Whitney ist jetzt zum Vorsitzenden der radikalen Sondergruppe der schottischen Arbeiterabgeordneten gewählt worden. Er hat sich im Kampfe gegen das Wohnungselend, das in den schottischen Städten besonders schlimm ist, hervorragend betätigt und soll nun als Gesundheitsminister an dieses schwierige Problem herangehen.

General Thomson gehörte schon vor dem Kriege der englischen Berufsarmee als Offizier an, während Wedgwood seinen Obersternung als Reserveoffizier im Kriege erlangt hat. Thomson war mit Shaw und C. R. Burgin im vergangenen Frühjahr im offiziellen Auftrag der Arbeiterpartei nach dem Ruhrgebiet gefahren, um über die dortige Lage Bericht zu erstatten.

Sidney Webb ist der bekannteste Theoretiker der englischen sozialistischen Bewegung und führendes Mitglied der Fabier-Gesellschaft. Er hielt auf dem Hamburger Kongress ein kurzes, aber besonders scharfes Referat gegen die Politik der siegreichen Mächte an Stelle des damals verhinderten Genossen Macdonald.

Ross Burton war früher Diplomat und liberaler Abgeordneter und ist ebenso wie der neue Unterrichtsminister Trevelyan während des Krieges zur Unabhängigen Arbeiterpartei gesessen. Trevelyan gehörte als Unterstaatssekretär der Regierung Asquith an und gab am 4. August 1914 zugleich mit Lord Morley und John Burns seine Demission, weil er von der Notwendigkeit des Eintritts Englands in den Krieg nicht überzeugt war.

Lord Haldane, der ehemalige Kriegsminister unter Asquith, ist durch seine leider gescheiterte Mission in Berlin im Jahre 1912 bekannt und ist ein ehemaliger Student der Universitäten Marburg und Gießen.

Lord Parmoor ist jener Pazifist, der es bereits im Jahre 1919 wagte, eine internationale Friedensbesprechung unter Hinzuziehung von Deutschen einzuberufen und damals nahezu gelächelt worden wäre. Er hat seither seine Bemühungen im Interesse der leidenden Teile des deutschen Volkes mit sichbarem Erfolge fortgesetzt und sein Name stand mit an der Spitze sämtlicher Aufrufe für die Verrückung des Elends in Deutschland, besonders an der Ruhr.

Der Pringenprozess gegen den Staat. Das Reichsgericht hat in dem Prozess zwischen dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und dem preussischen Finanzministerium über die Freigabe der Mietzinnsbeträge für das Ordenspalast an den Prinzen die Revision des Kassations zurückgewiesen und das Urteil des Kammergerichts bestätigt. Das Reichsgericht sieht in den (seinerzeit zwischen den Parteien gepflogenen) Verhandlungen eine Freigabe von der Beschlagnahme und führt in den Gründen aus, daß das Finanzministerium im Rahmen der Beschlagnahme-Bekanntmachung vom 30. November 1918 befangen ist, Teile des beschlagnahmten Vermögens freizugeben, sobald diese als zweifelloses Privatvermögen anerkannt werden können.

Sowjetrußland ohne Lenin.

Amerika und die Anerkennung.

Im Washingtoner Weißen Hause wird erklärt, daß der Tod Lenins die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Rußland, wie sie durch die Beschlüsse des Präsidenten bestimmt worden ist, nicht ändern wird, falls nicht in der politischen Lage in Rußland Veränderungen eintreten.

Der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat die Untersuchung über sowjetrußische Umtriebe in Amerika begonnen. Ein Beamter des Staatsdepartements, Young, erklärte bei seiner Vernehmung, daß die Nachrichtenquellen geheim gehalten werden müßten, damit die Nachrichtenquellen der amerikanischen Regierung sich nicht Vergeltungsmaßnahmen der Sowjetregierung zuziehen.

Leninismus und Trochismus.

Moskau, 21. Januar. (DZ.) Die „Pravda“ hat in der Polemik gegen Trocki den Leninismus als Fortschritt gegenüber dem Marxismus bezeichnet, insofern Lenin als erster ein Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft erstrebt habe, während der „Trochismus“ der großen Bedeutung der Bauernschaft in der ganzen Zeit seit der Machtübernahme der Bolschewiki niemals genügend Rechnung getragen habe.

In der Parteikommunikation ist wiederholt eine deutliche Beforgnis über die Haltung der Bauernschaft zum Ausdruck gekommen. Hierzu betont jetzt der Volkskommissar für Landwirtschaft Jakowlew, gegenüber den in der „Pravda“ und in der Bauernzeitung erschienenen Artikeln über die Unzufriedenheit der Bauern mit der weitgehenden Bevormundung, die Notwendigkeit dieser Unzufriedenheit durch Entgegenkommen den Boden zu entziehen. Es müsse eine weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Dorfes stattfinden, dann aber auch ein verständnisvolles Eingehen auf die Wünsche der Bauern hinsichtlich ihrer Dorfverhältnisse. Stärkere Heranziehung geeigneter Elemente aus den Kreisen der Bauern und der parteilosen Arbeiter zur Arbeit in den Sowjets müsse garantiert und für eine strenge Kontrolle der mit den Bauern in Beziehung stehenden Sowjetbeamten Sorge getragen werden, die jeden Unmissbrauch ausschließe.

Oder mit anderen Worten: Man muß den Bauern die Selbstverwaltung zugestehen und die Herrschaft ortsfremder Schieber und Sowjetflüchtlinge abtun.

Die Pfalzfrage vor dem Haag.

London, 28. Januar. (DZ.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, eine der letzten Handlungen Lord Curzon vor Verlassen des Foreign Office sei gewesen, Poincaré vorzuschlagen, daß die Meinungsverschiedenheiten der kritischen und der französischen Regierung über die Auslegung der Pflichten der Besatzungsmächte gegenüber der örtlichen deutschen Verwaltung und insbesonders die Haltung der beiden Regierungen gegenüber dem separatistischen Problem in der Pfalz der schiedsgerichtlichen Entscheidung des Weltgerichtshofes im Haag unterbreitet werden sollen, der Quai d'Orsay sei jedoch anscheinend nicht bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen. Generalkonsul Clivio ist dem Berichterstatter zufolge im Begriff, seinen eingehenden Bericht über die separatistische Bewegung in der Pfalz abzuschließen.

Weltgerichtshofes im Haag

unterbreitet werden sollen, der Quai d'Orsay sei jedoch anscheinend nicht bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen. Generalkonsul Clivio ist dem Berichterstatter zufolge im Begriff, seinen eingehenden Bericht über die separatistische Bewegung in der Pfalz abzuschließen.

Vor der Auflösung.

München, 23. Januar. (DZ.) Das Plenum des Landtags ist zum 31. Januar einberufen worden. Es wird sich mit der gesamten Materie der Landtagsauflösung zu befassen haben, so daß nach der Auffassung der Mitglieder wohl in der ersten Februarwoche damit zu rechnen ist, daß der Landtag seine Auflösung beschließt.

Die „auswärtigen“ Beziehungen.

München, 23. Januar. (DZ.) Ministerpräsident v. Kautzling erstattete im bayerischen Ministerrat Bericht über den Inhalt seiner in Hamburg mit dem Reichkanzler Marx geführten Aussprache.

Der Abiturient Lenin.

Von Friedrich Dalmeyer.

Es war im Februar 1887, als der Direktor des Gymnasiums in Simbirsk an der Wolga seiner jedes Jahr einmal wiederkehrenden heftigen und verantwortungsvollen Pflicht Genüge leisten mußte, von ebem seiner zur Reifeprüfung zugelassenen Primaner die ministeriell vorgeschriebene „Charakteristik“ abzuschließen, die in der Folge an die Universität eingekandt wurde, in die der Abiturient einzutreten gedachte. Dem vierjährigen, katolischen Direktor, dessen glotzantes breites Bauerngesicht schlaun nachdenklich auf das Attribut schaute, lag es am Herzen, eine günstige Charakterzeichnung nun von dem anderen Sohne seines im Jahre vorher als Schulfater verstorbenen Kollegen zu entwerfen, des Jünglings Wahlgenosse in die rechte Beleuchtung zu rücken, der dem älteren Bruder als Kammlitone nachfolgen wollte. So schrieb er, die Worte sorgfältig abwägend, in die Ästen (sie sind neulich veröffentlicht worden): „Sehr begabt, gleichmäßig eifrig und pünktlich, war Wladimir Wjatschkin Wjatschkin in allen Klassen Primus und erhielt nach Beendigung des Gymnasialstudiums die goldene Medaille als der in Fortschritten, Reife und Führung ihrer würdigste Abiturient. Weder im Gymnasium noch außerhalb desselben gab Wjatschkin auch nur ein einziges Mal seinen Vorgesetzten und Lehrern Veranlassung zu einer unangenehmen Meinung von sich. Ueber die Schularbeiten und die moralische Entwicklung Wjatschkin wachen seine Eltern immer sorgfältig. Als im Jahre 1886 sein Vater starb, war es die Mutter allein, die ihren Kindern ihre ganze Sorge zuwandte. Der Erziehung lagen Religiosität und Frömmigkeit zugrunde. Die guten Früchte einer solchen häuslichen Erziehung traten in der vorzüglichen Führung Wjatschkin's zutage. Das häusliche Leben und den Charakter Wjatschkin's über ins Auge fassend, mußte ich an ihm die übergroße Verschlossenheit und Scheu vor Umgang selbst mit bekannteren Menschen bemerken, die sich außerhalb des Gymnasiums sogar auf seine Mitschüler ausdehnte und geradezu zur Menschenscheu wurde. Wjatschkin's Mutter beschloß, ihren Sohn während seines ganzen Universitätsstudiums nicht ohne ihre Gesellschaft zu lassen.“

Wladimir Wjatschkin ging sänzend durchs Abiturium. In allen Examenföhrern erhielt er die beste Nummer — „ausgezeichnet“, nur in „Donit“ nicht ganz so viel, aber doch „gut“. Er konnte kaum die Unwissenheit beklagen, da er nicht seinen älteren Bruder Alexander als Vorbild hatte. Auch dieser hatte — ebenfalls in allen Klassen Primus —, als politisch Wohlgeinnter beglaubigt, mit der goldenen Medaille daselbstes Gymnasium beendet; doch, mitschuldig am miflungenen Attemptat auf den Jaren Alexander III. zum 1. März 1887, wurde er im Mai mit vier anderen St. Petersburger Studenten in Schiffsföhrung gekandt. Den Vater traf nicht mehr das Unheil.

Der Verstorbenen, Nja Wjatschkin's Wjatschkin, war in Astrachan — so heißt es in den neugedröckten Akten — als Sohn eines Kleinbäuerers (Wjatschkin) geboren. Er hatte dort das Gymnasium besucht, darauf an der Universität zu Kasan Mathematik studiert, im Jahre 1857 die Gymnasiallehrerprüfung abgelegt. Dann war er viele Jahre in Rißnii-Konogorod am Gymnasium Lehrer gewesen, hatte sich im Dienste bedient, — und „der Zarenendienst geht nicht umsonst verloren“, heißt es im russischen Sprichwort, so wurde er

zum Volksschulinspektor oder Schulfater in Simbirsk ernannt und in der Folge — wie üblich — „durch monarchische Gnade“ in den erblichen Adel erhoben. Die Familie war sibirisch. Alexander, der Gekandte, hatte zusammen mit der älteren Schwester Anna in St. Petersburg studiert, und eine jüngere Schwester beendete gleichzeitig mit Wladimir ihre Schule — ebenfalls mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Mutter, eine vorzügliche Hausfrau (wie die Tochter Anna in einer Lebensbeschreibung des Bruders Alexander berichtet), sorgte aufopfernd für alle ihre hochbegabten Kinder.

Unsere Wjatschkin's (der Name ist in Rußland häufig, sowohl bei Bauern und Kleinbürgern wie auch als Familienname im alten russischen Adel, er bedeutet „Nachkomme Jansans“) stammen aus einer mongolischen Gegend. Die Bevölkerung des ehemaligen sibirischen Chanas und späteren russischen Zarismus Altstoschkan bilden Tataren, Kalmyken, Kirgisen — auch Russen, ein buntes Völkergemisch, ebenso nach der Religion verschieden: mohammedanisch, lamaitisch-buddhistisch, griechisch-orthodox. Wladimir Wjatschkin, den die Welt unter seinem Namen Lenin besser kennt — eines seiner vielen schriftstellerischen Pseudonyme neben Wjin, Lulin, Eghin, Karpon und anderen —, stammte denn auch gemäß dem Willen, aus dem er emporkam, in seinem Aussehen mehr einem Tataren als Russen.

Auch der Name des Direktors, der den Charakter des Sohnes seines Kollegen Wjatschkin so warm und günstig kennzeichnete, ist durch den eigenen ältesten Sohn Alexander Keren'ski' weitbekannt geworden, der damals zur Zeit der Abiturientenprüfung Wladimir Wjatschkin's Benims und der Hinrichtung des Wjatschkin'schen Bruders Alexander erst sechs Jahre zählte.

Verzwickte Psycho'ogic in der Comedia Valetti.

Als in der Comedia Valetti der Vortrag über dem Schauspiel „Professor Klenow“ gehalten war, ließ es die ohnehin griffige Fuhdrerschaft noch vergeistelter zuriid. Denn es ist ein nachdenkliches Stück, das die Dämonen Kramson geschrieben und das Erwin Magnus der deutschen Bühne erschlossen hat. Nachdrücklich, weil die fieberlich begabte Verfasserin mit dem psychologischen Seziermesser in den Seelen ihrer Figuren herumspaziert, ohne zum Schluß ein Härenendes Bild zu lassen. Diese Figuren sind Seelenmechanismen von äußerster Kompliziertheit. Ein kompliziertester Arbeiter der präzise Mechanismus des Tilselbens. Professor Klenow, ein forderlich monströses, häßliches Mensch, ließ die schöne Yvette aus der Gasse auf und fetzte sie in dem Wendenst auf keine Weise, an dem er erzählt, daß sein Freund Erik sie liebt. Ob er selbst von übermächtiger Liebe zu ihr erfüllt oder ob er nur seine aus teuflischer Redefunst angewonnene Gewalt über die Seelen auszuüben will, das geht aus dem Schauspiel nicht hervor. Durch eine Blöde hat er Yvette an sich gebunden und durch die Drohung, sich zu töten, wenn sie ihn verläßt, hält er sie fest. Und was ist Erik, als Yvette's Irge ihrer Liebe ihrem anvertrauten Gatten nicht entzieht, um ihm zu folgen? Er mannt. Auch er legt ihr die Wüste auf die Brust: „Entweder du kommst in einer Stunde, oder ich reise auf Nimmerwiedersehen ab.“ Das hält der aus grüneren Dröchten gebaute Seelenmechanismus des armen Mädchens nicht aus. Er

explodiert, d. h. Yvette erschleht sich und der Professor triumphiert, daß er, der Häßliche, Alleinbesitzer eines schönen Menschen und Sieger über den Adonis Erik geblieben ist.

Diese verzwickte psychologische Studie ist mit kultiviertem Sinn für spezialisierte Effekte und mit dem Feuerwert eines brillierenden Dialogs aufgebaut. Der Esprit knistert. Ein nicht reiflos befriedigendes, aber interessantes Schauspiel. Rosa Valetti die die Regie führte, bewies wiederum ihre Künstlerkraft durch die Sorge um ein fein abgeändertes Spiel. Nur ist ihr entgegen, daß der Erik des Peter Hls völlig aus dem Rahmen fiel. Er machte den Eindruck eines Reisenden für Tuche und Burgin. Schauspielersches Ungeschick und Armellosigkeit seiner Bewegungen fanden im qualvollen Gegensatz zu den Proschleistungen Hermann Ballentins (Erik Klenow), Heinrich Schrohs, dem auf die schiefe Ebene geratene Vater der Yvette, und der innig und erschütternd gespielten Yvette der Paula Beyer. Ernst Degener.

Flüge um die Welt 1924. Das Flugprogramm des neuen Jahres sieht nicht weniger als 8 Flüge um die Welt vor. Zwei dieser Unternehmungen werden von den Vereinigten Staaten vorbereitet, und zwar soll der eine der amerikanischen Weltflüge am 1. April in zwei Doppeldeckern, die zugleich als Land- und Seeflugzeuge ausgerüstet sind, von Seattle ausgehen. Die Route umfaßt Kanada, Alaska, die Aleuten-Inseln, Japan, China, französisch-Indochina, Siam, Birma, Indien, Konstantinopel, England, die Färder-Inseln, Island, Grönland, Labrador, Quebec, Mont Real und Washington. Der zweite amerikanische Versuch, der vom Marineministerium ausgeht, soll in einem besonders konstruierten Torpede-Flugzeug unternommen werden. Auch die Engländer rüsten sich zu zwei Weltflügen. Der eine, den die beiden Flugschiffiere MacLaren und Hender'sch unternehmen wollen, wird von London ausgehen, ostwärts rund um die Welt über Kerguelen, Indien, China, Japan, Kanada, Neulund'ard, Grönland, Island nach London zurückzuführen. Die zweite Unternehmung soll mit einem besonders harten Seeflugzeug ausgeführt werden. Andere Weltflüge bestehen in Frankreich, in Italien, in Holland, und von Hoff, daß der eine oder der andere Weltflug sicher zum Ziele führen wird.

Thätiger Theaterplan. Das Land Thälmann mit seinen vielen ehemaligen Volkstheatern in Unklarheit für eine Theaterplanwirtschaft. Die Volkstheatern haben denn auch in diesem Jahre längst voranberitten über die Planwirtschaft kommt nicht. Das Thätiger Staatsministerium behält die Aufsicht über die Nationaltheatern vor. Zuständig — da die Theater vor lauter Mächtig die Fänge laufen läßt — scheint der General zu sein. Gestern ist die Münchener Presse, daß General Hoff, der Thätiger-Planhaber in Weimar, einmüde gegen die Erneuerung des Thätiger-Unternehmens Dr. Ulrich zum Weimarer Generalintendanten erhoben habe. Dr. Ulrich gilt auch als Organisator der Theaterplanwirtschaft.

„Aufbruch“. Walter Klenow hielt am 28. Januar 8 Uhr. soziale und revolutionäre Vorträge von Gortze, Geier, Deibel, Barthel, Dorn u. a. ca. 60 U. und 1 U. bei Gote u. Hof, A. Wertheim, Röll-Saal, Gortze-Saal.

Die Roblumbewegung im Terghaus-Gebiet. Auf den Erzgruben von Za'Nei-Pan im Terghaus-Gebiet sind bisher 800 Tonnen Erz mit einem Roblungehalt von 1,8 Gramm gefördert worden.

Politische Hochstapler.

Wir zitieren kürzlich die Rede Kamenews auf der letzten Parteikonferenz der R.A.P. über die Parteiziele für den kommunistischen Kampf für den November des vergangenen Jahres. In der uns heute zu Gesicht kommenden „Pravda“ vom 17. Januar finden wir in dem Bericht über diese Parteikonferenz die Begrüßungsansprache des Vertreters der deutschen Kommunisten. Diese Ansprache ist wirklich wertvoll, wiedergegeben zu werden. Der deutsche Vertreter — sein Name wird nicht genannt — begrüßt die Konferenz mit folgenden Worten:

„In Deutschland wollte das deutsche Proletariat im August das wiederholen, was in den Ostprovinzen des Jahres 1917 das russische Proletariat unternommen hat. Aber die kommunistische Partei Deutschlands konnte nicht fliegen, da sie nicht über die grandiose Erfahrung der kommunistischen Partei Russlands verfügte, die unter Wegens Bedingungen im Kampf mit dem Faschismus groß geworden, es verstanden hat, die einmal gestellte Aufgabe zu ermöglichen — die Macht im Lande zu erringen.“

Der Redner geht dann zu einer Analyse der augenblicklichen Vorgänge in Deutschland über und fährt fort:

„Die Frage der deutschen Revolution — das ist nur eine Frage von Monaten. Freilich, mit genauer Zuverlässigkeit zu sagen, daß dieses Ereignis nach Ablauf einer bestimmten Frist eintreten wird, ist schwierig. Unzweifelhaft ist aber, daß das deutsche Proletariat vor dem Zwang steht, den Kampf wieder aufzunehmen und ihn bis zu Ende durchzuführen, um so mehr, als die deutsche Arbeiterklasse sich für unbesiegt hält. Davon zeugen auch die Ereignisse, die sich augenblicklich in Deutschland abspielen. Der Kampf der Ruhrarbeiter, der Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um den Achtstundentag, der Kampf gegen den Lohnabbau. Das deutsche Proletariat stellt wieder die politischen Fragen auf die Tagesordnung. Ihren ganzen Kampf führt die deutsche Arbeiterklasse unter der Leitung der deutschen kommunistischen Partei, die aus den Erfahrungen aller früher gemachten Fehler lernt und es versteht, die Arbeiterklasse zum Siege zu führen.“

Es ist nicht wahr, daß die Militärs und die Faschisten der Kräfte Herr werden können, die über Deutschland hereinbrechen. Die deutschen Militärs und die Faschisten, die tatsächlich augenblicklich die Macht in der Hand haben, werden nicht imstande sein, mit den Proletariats fertig zu werden, die vor der deutschen Arbeiterklasse und den deutschen arbeitenden Massen stehen werden.“

Der Redner weist dann auf die Befehle der Ruhe hin und auf die Unmöglichkeit einer Verständigung. Die ganzen Lasten würden auf die Schultern der Arbeiter gelegt werden müssen:

„Unter diesen Bedingungen ist eine weitere Erregung, ein neuer Ausbruch einer revolutionären Welle unvermeidlich. In einzelnen Orten, wo die Lasten besonders schwer auf die Bauern liegen, werden, kämpfen“

Die Bauern Schulter an Schulter mit den Arbeitern.

Wir werden deshalb bei einer neuen revolutionären Welle die Möglichkeit haben, sicherer zum Siege zu gelangen, um so mehr, als der bevorstehende Kampf der entscheidende Kampf sein wird.“

Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung im Westen geht bedauerlich schneller, als wir voraussetzen. (1) Augenscheinlich hat sie so große Arbeitermassen Westeuropas erfaßt, daß sie von ihrem Siege überzeugt sind.

Es ist doch schon, daß man die grössten Lügen, die die deutschen Kommunisten den Russen auf ihren Konferenzen und Versammlungen aufzutischen wagen, gelegentlich schwarz auf weiß vor sich setzen kann. Man tut den Herrschaften wohl nicht unrecht, wenn man sagt: So sprechen politische Hochstapler, die für ihren Zerstörungslampf sich neue Subventionen zu erbeten suchen. Im übrigen kann man für die Offensivpolitik, mit der sie dort — in Russland — offen bekennen, daß alle ihre Aktionen im November vergangenen Jahres und auch die, an denen sie jetzt wieder arbeiten, nur dem einen Plane dienen, die Republik über den Haufen zu rennen. Das wird vielen die Stellungnahme zu den Kommunisten erleichtern.“

Die Anwaltschaft gegen die Justizsabotage.

Der Berliner Anwaltverein hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die nachfolgende Resolution angenommen:

Der Berliner Anwaltverein legt Verwahrung ein gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die beschleunigte Aburteilung von Strafsachen vom 17. Dezember 1923 und gegen die Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafprozessualgesetz vom 4. Januar 1924.

Diese Verordnungen stellen eine tief einschneidende Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung dar, durch welche wesentliche Rechtsgarantien den Angeklagten genommen werden.

Aus der Fülle der bedenklichen Bestimmungen erscheint es insbesondere unannehmbar:

1. daß selbst bei der Aburteilung der schwersten Straftaten der Angeklagte ohne gerichtliche Voruntersuchung, ohne vorherige Mitteilung der Anklage, ohne einen Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens, unter einer Bewährungsfrist von 24 Stunden der Aburteilung überantwortet wird und ihm überdies noch das Recht auf Beweisaufnahme und jedes Rechtsmittel genommen wird;
2. daß die Schwurgerichte im Wege der Verordnung befreit werden; denn von den Schwurgerichten ist lediglich der Name bestehen worden;
3. daß gegen die Urteile des sogenannten Schwurgerichts, welches nichts weiter als ein großes Schöffengericht ist, keine Berufung zulässig ist;
4. daß der Einzelrichter Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus verhängen kann;
5. daß in dem Abschnitt über die Notmaßnahmen die Berufung bei sämtlichen Vergehen ausgeschlossen ist, wenn ausschließlich auf Geldstrafe erkannt ist, so daß also ein wegen Unterschlagung oder Diebstahls zu Unrecht Verurteilter für sein Leben gebrandmarkt bleibt.

Am allerbedenklichsten erscheint es, daß derartige, tief in das Rechtsleben einschneidende Maßnahmen angeordnet werden, ohne die Anwaltschaft, als eines der wesentlichsten Organe der Rechtspflege und als die berufliche Vertreterin der Rechte des Angeklagten, auch nur zu hören.

Um eine vermeintliche, in Wirklichkeit nur ganz geringfügige Erparnis zu erzielen, welche mit Beschneidung durch eine vernünftige Bemessung von Geldstrafen in geeigneten Fällen und durch erhebliche Erhöhung der Gerichtskosten bei den meist überflüssigen Beweisaufnahmen erreicht werden kann, wird der letzte Rest von Vertrauen in die Strafprozessualgesetzgebung untergraben.

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere warnende Stimme zu erheben und den Reichstag zu ersuchen, gemäß § 1 Abs. 2 des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 sowie des Artikels 48 Abs. 3 der Reichsverfassung die Auktorisierung dieser beiden Verordnungen zu verlangen.

Die drückende Steuerlast, die die Mietssteuer und den Finanzungsbeitrag zwischen Reich, Ländern und Gemeinden drücken soll, hat gestern dem Kabinett vorgelegen. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Altershilfe — Jugendhilfe.

Den Nachkommen zur Wohnung und zum Hohn hat Wilhelm der Reiche seine Siegeskollektive-Denkmalen aufgestellt. Deutschland schandmal aber sind die Greise und Greisinnen, die an den Straßen Berlins fest zu Stein erstarrt mit ausgestreckten Händen, Bildsäulen gleich, dastehen. Wenn man doch wenigstens die Denkmäler auf Abbruch zur Linderung der Not verkaufen könnte! Aber auch den Wert haben sie nicht einmal... Auf der Christbrücke am Bahnhof Bellevue sitzen in der Vertiefung alle bettelnde Leute. Neben einer der Frauen, auf deren Knie gekniet, steht ein zwölfjähriger Knabe und notiert sich was in ein Büchlein. Nach dem Zweck dieser Notizen gefragt, gibt er an: „Er will einem älteren Schüler die Adresse der Alten mitteilen, damit er sie aussucht und hilft.“... Verschiedene Berliner Gymnasien haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam den Alten zu helfen — „Altershilfe“ nennt sich die Organisation. Berlin ist in 14 Arbeitskreise eingeteilt. In jedem dieser Bezirke sind 10—15 Helfer aus der Jugendbewegung tätig und haben 40 Vollpatenschaften unter sich. Es wird für Kleider, Heizung, Lebensmittel usw. gesorgt. 700 alte Menschen sind zu Weihnachten besorgt worden. Ebenso viele Kinder. Auch verabsorgen Schüler des Westens 2000—2500 Stellen täglich an die ärmeren Kameraden des Nordens. Das ist bereits „Jugendhilfe“... Aus Wien, Hamburg, Dresden, Bonn, Delitzsch bei Halle und anderen Orten mehr kommen ähnliche Nachrichten.

Es ist, als ob in immer weiteren Kreisen der bürgerlichen Jugend das Bewußtsein zu schlagen beginnt. Groß ist die Schuld, die es dem arbeitenden Volke abzutragen hat. Was die Väter an ihm gesündigt, sollen die Kinder gutzumachen versuchen. Ist die Hilfe auch nur ein Tropfen im Meere, so ist das, was geschieht, immerhin mehr als nur Wohlthatigkeit. Es ist das Erwachen des sozialen Bewußtseins, es liegt darin ein Stück Erziehung zum Gemeinheitsbewußtsein. Nur durch tätige Liebe, die den Rahmen der Familie, selbst den des eigenen Volkes sprengt, kann die Menschheit gefunden. Das soll der Sinn dieser Arbeit sein, schon deshalb allein ist sie zu beurteilen. Ihr Heil findet aber die Arbeiterschaft nur durch sich selbst. Jugend, die wahrhaft helfen will, muß im Proletariat voll aufgehen, keine Sache ganz zur eigenen Sache.

„Verpfissen“.

Wieder einmal die „Weddingkolonne“.

Unter ganz besonderen Vorsichtsmaßnahmen mußte eine Verhandlung gegen mehrere Mitglieder der berüchtigten „Weddingkolonne“ vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stattfinden. Der Zuhörerraum war schon lange vor Beginn der Verhandlung von sehr frommwürdigen Gestalten dicht besetzt. Dazu kam, daß der Hauptbelastungszeuge, durch den der Eindruck der Polizei verraten worden war, das Gericht in einem Schreiben gebeten hatte, ihn unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vernehmen, da er sonst die Rache der „Weddingkolonne“ befürchten müßte. Aus diesen Gründen schloß der Vorsitzende wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung aus und ließ den Zuhörerraum räumen.

Angeklagt waren der Arbeiter Fritz Gotschowski und der Händler Alex Barud. Von Mitgliedern der Weddingkolonne war ein Diebstahl in ein Ledergeschäft in der Lindenstraße geplant worden. Barud hatte seinen Handwagen zur Verfügung gestellt und einen bei ihm seit einiger Zeit beschäftigten Hausdiener mit der Ausführung des Diebstahls beauftragt. Er hatte sich aber in dem Manne getäuscht, wenn er ihn für ein zuverlässiges Mitglied der Weddingkolonne hielt, denn der Hausdiener „verpiffte“ schon am Abend vorher der Polizei den Einbruchspan. Die Polizei legte sich auf die Lauer und beobachtete, daß die Verbrecher mehrere große Ballen Leder aufstuden. Da die Beamten aber der Rache der Verbrecher gegenüber — es waren mindestens 8 bis 6 schwere Jungen — sich für zu schwach hielten, holten sie erst Verstärkung. Inzwischen schirmten die Diebe aber „Lunte gerochen“ zu haben, denn, als die Hilfe ersahen, konnte man nur noch Gotschowski ablassen. Die übrigen Teilnehmer an dem Einbruch waren verschunden. Der Angeklagte Barud war besonders dadurch verdächtig, daß er mit einer Handelsfrau Wirthes aus der Fischerstraße verlobt war, die gemordet wurde, die „Sore“ für die Weddingkolonne abfuhr. Er selbst bestritt aber vor Gericht, eine Ahnung davon gehabt zu haben, zu welchem Zweck der Wagen von ihm verlangt wurde. Der zweite Angeklagte Gotschowski war geständig, ließ aber durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Biermann, den Einwand erheben, daß er durch Not gezwungen worden sei, sich dem Unternehmen der „Weddingkolonne“ anzuschließen. Für Barud beantragte Rechtsanwalt Dr. Ludwig Reiner mangels jeden Beweises die Freisprechung. Das Urteil lautete gegen Gotschowski, gegen den der Staatsanwalt 1½ Jahre Gefängnis beantragt hatte, auf 8 Monate Gefängnis, Barud, der sich seit 15 Monaten in Untersuchungshaft befindet, wurde freigesprochen.

Die Fahrpreiermäßigung für Kleingärtner.

Vom 4. März d. J. ab wird den Kleingärtnern wieder allgemein eine Fahrpreiermäßigung von 50 v. H. für die Fahrt vom Wohnort zum Kleingarten gewährt. Die Ermäßigung wird im Bereich außerhalb der Stadt- und Ringbahn gelegenen Bezirken und Fernstationen für Strecken von höchstens 40 Kilometer zugestanden auf Grund eines mit dem Reichsminister der Finanzen verhandelten Ausweises, der vom 15. Februar ab an folgenden Stellen (für alle Strecken) ausgegeben bzw. bestätigt wird: Auskunftsstelle Wannendörfer, Fahrpreiermäßigung des Anhalt, Steintor, Schloßplatz und Berliner Bahnhof, sowie von der Güterabfertigung Berlin Bahnhof. Auf Grund des Ausweises — der auf besonderen Antrag auch für die Fahrt zwischen Arbeitsstätte, Kleingarten und Wohnort ausgestellt wird (Bescheinigung des Arbeitgebers) — erhält der Inhaber eine Fahrkarte zum halben Preis, muß jedoch stets mit der Fahrkarte auch den Ausweis vorlegen.

Raubüberfall eines Russen.

Einen schweren Überfall verübte gestern Abend ein ehemaliger russischer Offizier Boris Bekin, der sich anlässlich zu Studienzwecken in Berlin aufhielt, auf den 64 Jahre alten Buchhändler Bruno Wirth aus der Gieselerstraße 13 in den besten Bädern in der Kantstraße 24. Wirth, ein Deutscher, hatte viele Jahre in Russland gelebt, betreibt jetzt im Berliner Russenviertel eine russische Buchhandlung und beschäftigt Bekin zeitweilig als Expedienten. Gestern Abend erschien Bekin kurz vor Schluß des Geschäftes und bat, da er der deutschen Sprache nicht ganz mächtig war, Wirth für ihn ein Fremdsprach zu besorgen. Als der alte Mann sich anschickte, der Witte seines Gehilfen zu entsprechen, verkleidete ihn dieser mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er bewusstlos zusammenbrach. Bekin schloß dann sein Dossier in ein Zimmer neben dem Laden, räumte ihm die Briefstube mit 200 Dollar, verschwand mit der Beute und schloß die Ledentür hinter sich ab. Der Überfall wurde bald wieder zu sich und benachrichtigt die Polizei. Bekin ist noch nicht ergriffen.

Reparaturwerkstätten für Arbeitslose.

Noch immer weiß die Zahl der Arbeitslosen eine beängstigende Höhe auf. Von den einzelnen Bezirksämtern werden Tausende von Erwerbslosen unterstellt, die länger als drei Monate ohne Arbeit sind. Die Unterstützung reicht leider nicht dazu aus, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten.

Reparaturwerkstätten zu machen ist ganz unmöglich. Schätze und Reichtum sind zerfallen und können nicht instandgesetzt werden. Die Betriebe der Schulärzte geben hierüber ein erschütterndes Bild. Im diese Art wenigstens etwas zu lindern, beschäftigt das Arbeitsamt des Bezirks Friedrichshagen zwei Reparaturwerkstätten zur Ausbesserung von Kleidungsstücken und Schuhzeug einzurichten. Die Reichsverordnung vom 15. Oktober d. J. gibt die Möglichkeit, hierfür Arbeitskräfte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt des Bezirks, Am Strobelner Platz 30/31, Fernsprecher Magistrat 500 oder Alexander 334, ist auf Anruf bereit, von Firmen, die Stoff- und Lederabfälle für die Erwerbslosen spenden wollen, abholen zu lassen. Einige Firmen haben sich bereits in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

Erhöhung der Friedensmieten.

Die Neuregelung der Mieten durch Einführung eines Teils der sogenannten Goldmieten hat eine alte leidige Erscheinung aufgeweckt. Bekanntlich wird vom 1. Februar ab nicht mehr nach dem Maßstab der Grundmiete, sondern wieder nach der Friedensmiete vom Stande am 1. Juli 1914 gezahlt. In wertvoller Hinsicht und Gilt stellen nun zahlreiche geschäftstüchtige Hauswirte bei den Mieteinigungsämtern den Antrag auf Erhöhung der Friedensmiete, die nach ihrer Behauptung „zu billig“ festgesetzt gewesen sei. Das ist die gleiche Machenschaft, die im Rahmen der höchstmietenanordnung einsetzt und auch noch unter dem Reichsmietengesetz nachwirkte. Es ist zu wünschen, daß diesmal die Mieteinigungsämter nicht so leicht als bisher solchen Anträgen stattgeben. Es war Zeit genug, die Heraussetzung zu beantragen, wenn Hauswirte wirklich überzeugt waren, daß die Friedensmiete den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach.

Die Nachtglocke des Hehlers.

Zur Festnahme eines Bandenführers.

In einer Weinwirtschaft am Kaiserdamm wurde in der Nachtjahrsnacht eine ideale Gesellschaft äußerst eigen geheimer Kasse verhaftet, die sich sehr bald als gezielte Einbrecher entpuppten. Jeder entging der Führer der Einbrecherbande, ein angeblicher Wappermann in Wirklichkeit ein Erwin Wobbin, seiner Festnahme. Als er merkte, daß seine Bande aufgehoben war, verschwand er aus Berlin, um sich für einige Zeit dem Wintersport zu widmen. Auf die Dauer reichte aber dafür sein Geld nicht, und zum Einbrechen hatte er an den Sportstätten keine Gelegenheit. So mußte er denn wohl oder übel nach Berlin zurückkehren und versuchen, neue Helfer zu gewinnen. Dazu kam es aber nicht mehr. Ein Versteck glaubte er in einem Landhause zu finden, das sein Schwager ein Kaufmann Albert Rödiger, in einem Borsdorf besitzt. Die Kriminalpolizei hatte aber festgestellt, daß dieser Schwager, der an der Ecke der Brandenburg- und Sigmaringer Straße eine elegant eingerichtete Dreizimmerwohnung inne hat, der Haupthehler der Bande war, und danach ihre Wohnstätte getroffen. So wurden Wobbin und Rödiger zu gleicher Zeit festgenommen. Rödiger war konfessionierter Metallausläufer und unterrichtete in Groß-Berlin vier Zweigstellen, alle aber fast nur zum Schein. In Wirklichkeit lebte er von dem Erlös der Beute, die ihm die Einbrecher brachten und hielt sich sogar einen Nachtbetrieb mit Nachtglocke. Die Klingel hing in seinem Schlafzimmer. Sobald Beute gemacht war, zog einer der Bande die Nachtglocke. Rödiger bestellte dann die Einbrecher in der Regel nach einer der Filialen, um hier die Beutefächer in Empfang zu nehmen. Um ja keine Zeit zu verlieren, besitz er jedesmal sofort sein Motorrad, so daß er die Bande immer früh genug empfangen konnte. Die Beutefächer, die aus den Schmuckfächern herausgehoben wurden, verkaufte Rödiger nach Holland, des Metalls, Silber, Gold und Platin ging sofort in die Schmelze. So wurden auch künstlerisch wertvolle Sachen kurzer Hand vernichtet. Kein Stück wurde erhalten wiedergefunden.

Zahlung und Stundung der Fernsprechgebühren.

Das Reichspostministerium hat beschlossen, den Fernsprechteilnehmern, die bisher eine Zahlungsaufforderung erhielten, sobald ihre Gebührenschuld den Betrag von 10 M. übersteigt, in Zukunft grundsätzlich einmal im Monat eine Abrechnung zuzusenden zu lassen. Teilnehmer, die vom Fernsprecher in großem Umfange Gebrauch machen, können wöchentlich einmal eine angemessene Zahlung leisten. Im übrigen bestimmt der Bescheid der Fernsprechstelle, bis zu welchem Betrag den einzelnen Teilnehmern Gebühren gestundet werden dürfen. Dabei sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Teilnehmers und der Umfang seines Geschäftsverkehrs maßgebend. Beträge von mehr als 100 M. sollen in der Regel nicht gestundet werden.

Die Bettler-Perrücke.

In der Hohrechstraße in Kreuzfeld betritt ein Gocis mit schneeweißem Haar. Das Alter öffnet die Geldtaschen leichter als sonst. Im zweiten Stockwerk hatte der Greis, wie alle seine Kollegen mit der Hausabklammerung von oben anfangend, auszusprechen. Er griff sehr und zog mit dem Hut auch die schöne weißhaarige Perrücke herunter. Ehe sich noch die Anzettelchen von der Ueberladung erheben, war der jugendliche Greis in seinen Fächer die Treppe hinabgestürzt.

Nächtlicher Kampf mit Einbrechern. Gegen 4½ Uhr früh traf ein Kriminalbeamter vor dem Hause Potsdamer Str. 83 mit mehreren Personen zusammen, die Diebesgut in Eiderbett bringen wollten. Als er einen von ihnen gepackt hatte, fielen die anderen über ihn her, worauf der Beamte in der Notwehr von seiner Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Einem der Burken, dem 31 Jahre alten Telephonisten Paul Diph, der im Nebenhaus Nr. 89 wohnt, drang die Kugel in den rechten Oberarm, so daß er zusammenbrach und nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Seine Kumpane sind entkommen.

Eisenbahners Tod. Am Dienstag mittag gegen 1 Uhr 5 Minuten wurden bei der Durchfahrt des D-Zuges 109 die mit Bahnunterhaltungsarbeiten auf dem Bahnhof Buxtehude O.H. beschäftigten Bahnarbeiter We und Semke überfahren und sofort getötet.

Die Bergisch-Märkischen Maschinenwerke J. A. Iffertsdorf A.G., auf deren Zweigfabrik in Richelsdorf vor einiger Zeit, wie wir berichteten, ein frecher und leider erfolgreicher Überfall einer maskierten Räuberbande verübt worden ist, hat auf die Errettung der Täter eine Belohnung von 1000 Goldmark und auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes eine Belohnung von 3000 Goldmark ausgesetzt.

Die Grundschule als Lebensstätte. In dem Thema der am Donnerstag, 21. Januar, nachm. 4 Uhr, im Sparbayer Uebungsraum, Hefenring, stattfindenden Lesung des Ersten Vorsitzenden Schulreform, 1. Teil: „Unter dem Titel wird Osten eingeladen“, 2. Teil: „Der Aufbau der Grundschule im Sinne der zukünftigen Schulreform“, 3. Teil: „Kopf dem vierten Schuljahr“, (Lesung 4, 6 und 8 Uhr.) Rednermann ist eingeladen. Karten in der „Vereins-“, Wagenschuler Str. 7, und am Saaleingang.

Eine Kundgebung der Auslandsdeutschen, anlässlich von der „Kriegsheimkehr der Antarktis-Entdeckung der arktischen Grenzlande“, Golem- und Russlanddeutschen, findet am Freitag, 25. Januar, im Rednervereinssaal, Alexanderplatz, statt. Die Kundgebung, die als öffentliche Protokollsammlung sein soll, beginnt um 5½ Uhr und wird u. a. das Thema „Die Entschuldigungsfrage und die öffentliche Meinung“ behandeln.

Jugendveranstaltungen.

Besprechungs-Konferenz. Heute Abend 7 Uhr: Vorbereitung der Parteikonferenz.

Gewerkschaftsbewegung

Richtung, Betriebsräte!

Es ist notwendig, bei Klagen vor dem Gewerbegericht folgendes zu beachten (aus Schneiden und ausbewahren):
Nach § 4 der Betriebsräteverordnung vom 10. Dezember 1923 wird über den Einspruch gegen Klagen durch Urteilsverfahren entschieden. Es sind daher die meisten Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes und die für das amtsgerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung Anwendung. Die Klage muß nach § 253 der Zivilprozessordnung enthalten:

1. Die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, 2. Die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruches sowie eines bestimmten Antrages.

Es soll nach § 253 Abs. 3, § 180 der Zivilprozessordnung u. a. enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien nach Namen, Stand, Wohnort usw., 2. Die Anträge, 3. Die Angabe der zur Begründung der Ansprüche dienenden tatsächlichen Verhältnisse, 4. Die Bezeichnung der Beweismittel, welcher sich die Partei zum Nachweise oder zur Erläuterung tatsächlicher Behauptungen bedienen will, sowie die Erklärung über die vom Gegner bezeichneten Beweismittel, 5. Die Unterschrift.

Die im § 253 Abs. 2 der Zivilprozessordnung aufgestellten Erfordernisse sind unbedingt wesentlich. Das Fehlen eines dieser Erfordernisse schließt die Rechtshängigkeit und die Zulässigkeit eines Berufungsurteils gegen den Beklagten (§ 331 der Zivilprozessordnung) aus, weil die Klage in solchen Fällen nicht als erhoben gilt. Berufungsurteile gegen die Beklagte kann nur ergehen, wenn die in der Klageschrift behaupteten Tatsachen den Klageantrag rechtfertigen.

Im Falle des § 84 des Betriebsrätegesetzes ist danach insbesondere folgendes erforderlich:

1. Darlegung der Wahrheit der Frist- und Formvorschriften der §§ 84 und 85 des Betriebsrätegesetzes, also: Datum der Kündigung und des Einspruchs des Arbeitnehmers beim Gruppenrat, Ergebnis der Prüfung des Einspruchs, Beobachtung der Vorschriften der §§ 82 und 83 des Betriebsrätegesetzes (speziell die Bezeichnung einer Abschrift des Protokolls), Angabe des zur ersten Verhandlungsbefugnis angelegten Tages, Datum des Tages des Scheiterns der Verhandlungsvorbereitung, 2. Eingehende Darlegung der Gründe des Einspruchs und die Angabe der Beweise ihrer Berechtigung (warum z. B. eine unbillige Härte i. S. des § 24 Ziffer 4 des Betriebsrätegesetzes als vorliegend anzusehen sind), 3. Bezeichnen der Höhe der Entschädigungsumme datenmäßig Angabe der Beschäftigungsdauer des Arbeitnehmers, datenmäßig Angabe der letzten Entlohnung (Gehalts- oder Lohnstufe), wirtschaftliche Lage, 4. Bestimmte Fassung des Antrages, etwa: „Den Einspruch gegen die am . . . erfolgte Kündigung wird gerechtfertigt zu erklären und die Beklagte zu verurteilen, den Kläger weiterzubeschäftigen oder an ihn eine Entschädigung von . . . M. zu zahlen.“

Wird die Klageschrift von vornherein vollständig, so wird damit eine rasche Erledigung des Verfahrens ermöglicht.

An die Buchdrucker!

In den letzten Bezirksversammlungen der Buchdrucker wählten die Kommunisten mit ihrem üblichen Phrasenschwall auf, um die durch ihre dauernde Generalkriegspropaganda in Verwirrung gerathenen Berliner Buchdrucker der Partei zu weihen. Der VDBB, der Zentralverband und die Gewerkschaft sind nach ihrer Auffassung die alleinigen Träger an dem Ausgang des von Moskau mit allen Mitteln heraufbeschworenen Streiks. Ebenso sind die „Gewerkschaftsorgane“ schuld an der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage der Gewerkschaft, oder nicht nur allein dafür, sondern auch für die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit trotz, so die Verantwortung. Wir, so erklären die Moskauer, haben das alles vorher gewußt; wir sind die Volksbegleiter, die auch den Himmel schon auf Erden bringen. Die ganze Gewerkschaftsbureaucratie müsse „hinweggefegt“ werden, und die Arbeiter müssen das Hehl in die Hände nehmen, dann würde es bald besser aussehen, und dann vorwärts mit Generalkrieg und Weltrevolution, und der Kapitalismus ist ein für allemal erledigt. Die Unterstützung der Gewerkschaften durch die ausländischen Organisationen hätte nur den Zweck, die Bongen zu halten und gegen die Gewerkschaftsmitglieder schorrumachen, und zwar gemeinsam mit der Reaktion. Eine diesbezügliche Resolution, welche in der Höhe des Geldes zu vorlesen verlesen wurde, sollte den Abschluß dieses glorreichen Parolefestes bilden. Um aber auch vollen Erfolg zu haben, auch bei der Zahl und Auffstellung der Delegierten zur Generalkriegsversammlung, haben die Kommunisten die Opfer ihrer Generalkriegspropaganda, die Erwerbslosen, mit herangezogen; es wurden ihnen Bezirkskarten ausgedruckt und ob Buchdrucker oder nicht, „hinein in die Gewerkschaft“ und erfüllt eure Pflicht durch Schreien und Toben. Das ist der wahre Kommunismus, das ist die Einheitsfront, die uns durch Moskau verheißt wird.

Kun, Kollegen, ist das die gewerkschaftliche „Einheitsfront“, wenn man Betriebs- und Gewerkschaftsessen gründet, kommunalistische Gewerkschaftszentralen schafft, zur Weltkampagne aufruft, denationalen Arbeitsnachweise unterstellt und „Arbeitskolonnen“ als besser solcher verbrecherischen Organisationen bestellt? Die meisten dieser Schreier aus diesen Reihen sind die größten Schädlinge an der Berliner Buchdrucker-Gewerkschaft.

Wie sehen die Daten dieser kommunistischen Streikgen sonst noch aus? Wo ist die Führung in den Händen, da verlogen sie. Hat die Berliner Kolonnen nicht viele Beweise der Unfähigkeit, diese Äpfel in der Hand? Wir erinnern nur an die Generalkriegspropaganda zum Verbot der „Reien Fahne“ und der

Aufhebung des Lagerungszustandes. Da hatten wir eine kommunistische Streikleitung, und sie hat elend versagt. Sie legte ihr Mandat nieder und ließ die Verantwortung für den Mißerfolg ihrer Aktion der Gewerkschaft zu. Die Urabstimmung ist nach ihrer Meinung nur anzumachen, wenn es sich um die „Krippen“ der Gewerkschaften handelt; bei Streiks usw. gibt es derartiges nicht.

Wir können noch mehr Beweise der Unfähigkeit dieser Streikgen herbeibringen; aus Raum-mangel müssen wir aber verzichten. Wir appellieren an die Einsicht und gewerkschaftliche Erziehung unserer Kollegenschaft und machen sie jetzt schon auf die Bezirksversammlungen am Montag, den 11. Februar, aufmerksam. Jeder tue seine Pflicht und trete ein für die Kandidaten der B.S.D.-Fraktion, die eine Gewähr für ein Erstarren und die Geschlossenheit unserer Organisation sind. Gebt den Moskauern bei den Wahlen zur Generalkriegsversammlung, zur Bezirksleitung und zum Gewerkschaftsrat die richtige Antwort! Der Fraktionsvorstand. J. A. R. Hermann.

Ablehnung des Schiedsspruches in der Holzindustrie.

Wie in vielen anderen Branchen, so besteht auch in der Berliner Holzindustrie seit einiger Zeit ein tariflosler Zustand. Auf Ersuchen der Arbeitgeber fanden nunmehr vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin Verhandlungen zur Herbeiführung von Lohnvereinbarungen statt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete Boese von der Berliner Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in einer gestern abend in „Klubs Festhallen“ abgehaltenen, zahlreich besuchten Funktionärversammlung. Der Redner betonte einleitend, daß die Unternehmer eine rege Propaganda für die Lohnreduzierung entfaltet haben. Die Organisation habe es abgelehnt, in dieser Hinsicht Konzessionen zu machen. Um die Lohnhöhe festzustellen wurden Erhebungen in den einzelnen Betrieben vorgenommen. Die gezahlten Stundenlöhne bewegten sich zwischen 65 und 80 Pf. In einzelnen Betrieben war das Resultat noch günstiger. Die Vergleichsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer auf einen Lohnabbau bestanden. Von der Organisation mußten die bestehenden Löhne als Normgrenze angesehen werden. Auch war man bestrebt ungleiche Zusätze zu vermeiden. Es kam nun ein Schiedsspruch zustande mit Löhnen für die Woche vom 20. bis 26. Januar pro Stunde 60 Pf., vom 27. Januar bis 2. Februar 58 Pf. und vom 3. bis 9. Februar 56 Pf. Vorzulehen ist denn noch eine Montagzulage von 10 Proz. für Berlin und 2 M. pro Tag für außerhalb. Dieser Schiedsspruch bedeutet eine erhebliche Lohnkürzung. Zu bedenken sei jedoch, daß andere Gruppen des Berufes, wie die Musikinstrumentenarbeiter, bereits im Kampf stehen. Der Redner wies zum Schluß darauf hin, daß die erwähnte Ortsverwaltung sich auf den Standpunkt gestellt habe, den Funktionären die Entscheidung über den Schiedsspruch zu überlassen. Natürlich müsse sich jeder von der Verantwortung gegenüber seinen Kollegen teilen lassen.

In der Diskussion wurde der Schiedsspruch von allen Rednern scharf kritisiert. Bei der vorgenommenen geheimen Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Dadurch besteht das tariflose Verhältnis weiter. Verhandlungen mit den Unternehmern sollen wieder angebahnt werden und eine erneute Funktionärversammlung wird dann weitere Beschlüsse fassen. Freygang erwähnte noch zur Solidarität gegenüber den kämpfenden Kollegen und verwies auf den gewerkschaftlichen Opfertag am 10. Februar.

Der Personalabbau Berlins.

Zu den bereits erfolgten und noch bevorstehenden Massenentlassungen von städtischen Arbeitern und Angestellten und dem Abbau der Kommunalbeamten nahm eine Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der städtischen Werke und Verwaltungen am Dienstagabend Stellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Bürgermeisters, Grafen Ritter.

In seinem einleitenden Referat führte Schwanedeb von Gesamtbetriebsrat aus: Der Gesamtbetriebsrat hat sich schon oft mit der Frage von Entlassungen von städtischen Arbeitern und Angestellten befaßt. Aber noch nie sei so stark wie jetzt in Reich, Staat und Kommune abgebaut worden. Bis jetzt sind allein bei der

Stadtgemeinde Berlin 15 000 Entlassungen

zu verzeichnen. In den ersten Wochen dieses Jahres wurden allein schon 2500 Arbeitnehmer entlassen. Die finanzielle Not des Reiches habe zu einer äußerst mangelhaften Finanzierung des Etats der Stadt Berlin geführt, so daß diese ganze Verwaltungs-zweige aufheben mußte. Man könne die Finanzierung des Reiches und seine Auswirkungen zur Not verstehen, wenn nicht gerade wieder die Arbeiter und Angestellten die Leidtragenden dabei wären. Die alte Beamtenliste habe es meistens verstanden, im Lauf der Zeit ihre Rechte wieder zu festigen. Mit dem Gemeinwohlgeizismus sei Schluss zu machen. Wenn möglich, seien alle städtischen Arbeitnehmer in einer geschlossenen Organisation zu vereinigen. Dann können auch bei Fragen wie dem Personalabbau die Arbeitnehmerinteressen wirksamer gewahrt werden. Der Abbau sei oft genau ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten einseitig vom armen Tisch aus verfaßt worden. Dasselbe ist der Fall bei der Verwahrung und Umwandlung städtischer Betriebe, deren gesteigerte Rentabilität zumeist nur durch den Abbau der sozialen Vorteile aus den Tarifen der Arbeiter erreicht wurde. Gegen alle diese Benachteiligungen sollten eben nur feste einheitliche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen, die zu schaffen unsere vornehmste Aufgabe sein muß.

In der Diskussion polemisierte Schwanedeb von der A.P.D.-Stadtverordnetenfraktion gegen die „Verschwärzung“ der städtischen Güter, Straßenbahnen, Häfen und sonstigen Werte. Er mußte zugeben, daß der notwendige Ausbau der Werke usw. nur unter Zuhilfenahme großer Geldmittel möglich ist. Daß gerade seine Fraktion alle Steuerforderungen des Magistrats konsequent ablehnt, nur nebenbei die Kommunisten sind bereit, mit der städtischen Arbeiterfraktion an der Erreichung der von Schwanedeb vorgeschlagenen Ziele zu arbeiten. Deitmer (B.S.D.) erklärte gegenüber den Verweigerungen Schwanedebers der Verformung der Arbeitsmethode des Magistrats, dessen Beschlüsse man nicht immer als Stellungnahme des „sozialistischen“ Magistrats bezeichnen darf. Redner verteidigte in seinen weiteren Ausführungen den Standpunkt und die Beschlüsse der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Schwanedebers heutige Rede sei ebenso wie die Arbeit seiner Freunde im Rathaus nur auf Agitation eingestellt, mit der wenig produktive Arbeit geleistet werden kann. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Koch, betonte die Zustimmung seiner Organisation zur Schaffung von Industrieerwerbsstellen. Bange mann sieht im Abbau einen Ausfluß bürgerlicher Klassenpolitik, die er bei den Arbeiterparteien vermißt.

In seinem Schlusswort bedauerte Schwanedeb, von den Diskussionsteilnehmern keine konkreten Vorschläge zur Bekämpfung des Personalabbaues gehört zu haben. Er mahnte, persönlichen und parteipolitischen Streit hintanzustellen und die Einigkeit aller bei der Stadt Berlin Beschäftigten zur Tatsache werden zu lassen. Eine Resolution im Sinne des Referats fand Annahme.

Der Abwehrstreik in den Larngeschäften.

Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Bestimmungen war der Auftakt, mit dem die Arbeitgeber die Rahmenverträge abgelehnten. Besonders aber haben sie es auf den Abbau der sozialen Bestimmungen und des Mitbestimmungsrechts abgesehen. Betriebsrätegesetz und alle sonstigen gesetzlichen Schutzbestimmungen sind nach Ansicht der Herren Arbeitgeber überholt.

„Die Löhne sind zu hoch, die Geschäfte können solche hohe Lasten nicht mehr tragen.“ Diese Einwendungen von Arbeitgeber, die bis vor kurzem noch lahmende Aussonderungen machten, sind nun hinkende Boken geworden. Denn im Laufe des Streiks stellte sich heraus, daß es die Herren hauptsächlich auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen haben. Sie wollen alle Forderungen ihrer Arbeiter anerkennen und bieten ihnen annehmbare Löhne. Sie sind bereit, Hausarbeit abzugeben, nur den Zentralverband der Fleischer wollen sie nicht anerkennen. Die Masken sind gefallen. Man wittert Morgenluft. Die kämpfenden Darmarbeiter wissen, wohin die Fahrt gehen soll. Sie werden ausharren!

Folgende Firmen haben die Forderungen bewilligt: Berliner Darm-Import, Uferstr. 15, Schlössinger u. Co., Marienburger Str. 28, Wolflein, Köpenicker Str. 113, Wemel, Köpenicker Str. 45, Prenzlauer, Köpenicker Str. 25. Die Streikleitung.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im unbefehlten Gebiet betrug am 1. Januar 1924 1 823 000, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 862 000, was einem Rückgang von rund einer Million Kurzarbeiter gegenüber dem 1. Dezember 1923 bedeutet. Die Zahlen für das befehltete Gebiet sind nicht genau bekannt, weil die Tätigkeit der deutschen Verwaltung immer noch gestört wird; schätzungsweise sind im befehlteten Gebiet ungefähr 1 1/2 Millionen Arbeitslose und 850 000 Kurzarbeiter vorhanden, so daß im ganzen Reich die Zahl der Arbeitslosen noch 3 Millionen und die der Kurzarbeiter 1,6 Millionen am 1. Januar 1924 betragen hat. Die Zahlen sind für das unbefehlte Gebiet seitdem etwas zurückgegangen, und es sprechen Anzeichen auch dafür, daß im befehlteten Gebiet gleichfalls eine kleine Besserung eingetreten ist.

Vom englischen Lokomotivführerstreik.

Nachdem der Vollzugsausschuß der Organisation der streikenden Lokomotivführer und Heizer die Eisenbahndirektoren aufgefordert hat, eine gemeinsame Konferenz abzuhalten, wird die Streiklage vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit aus als hoffnungsvoller bezeichnet. Die ursprüngliche Tendenz, den Streik als ziemlich belanglos erscheinen zu lassen, schließt jetzt ins Gegenteil um. Wirkungen, die der Streik bei längerer Dauer nach sich ziehen müßte, wie z. B. die Einlegung von Feiertagen bei den Bergarbeitern, werden bereits als eingetreten gemeldet. In Südwales mußten über 40 000 Bergleute infolge des Streiks feiern. Auch in Devonshire und anderen Teilen des Landes seien mehrere tausend Arbeiter erwerbslos geworden.

Verband der Buchdrucker und Verlegerverleger. Malentrie und Salzbranderbrüder. Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Groß-Hofen Vereinsraum. Genauige Verhandlung. 44. Generalkriegsversammlung. Wichtige Tagesordnung, welche durch Reichlich mitgeteilt wurde. In demselben Saal am 7. Uhr. Sonntagabend. Versammlung der Vertrauensleute aus den Bezirksvereinen. Bericht über die letzten beiden Versammlungen. Die 2. Woche mit geteilt sein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht die Ortsverwaltung.

Berichterstatter für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Verba Colerain; Gewerkschaftsbewegung: F. Schwan; Funktionäre: A. R. Fischer; Politik und Sozialismus: Fritz Karst; Wahlen: E. B. Gled; sämtlich in Berlin. Berlin: Formverlag Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formverlag-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Eindeutsche 2.

Großer Räumungs-Verkauf

wegen Aufgabe meiner Filiale
Invalidenstrasse 5

Bis zum 26. Januar werden Herren-, Damen-, Schlafzimmer, Küchen, Klubsalons und Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen verkauft. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Teilzahlung gestattet.

Möbel - Groß, Invalidenstr. 5

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anleihe im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verwand. mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverhältnisse**. Bei allen Zeitungsänderungen und Wahlen zu haben. Verlag und Hauptanzeigenehmer.

Zeitungsverlag (Z.Z.) Aktiengesellschaft (Hauptverwaltung: Berlin, Friedrichsplatz 10; Filiale: Berlin, Dönhofsplatz 10/11)

Messing Bettstellen konkurrenzlos billig

R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik Markgrafen-, Eoko Kochstraße

Gardinen

Sonderangebote - Gelegenheitskäufe

in Resten Stern, Bettdecken, Kissen und Kissenverzierungen.

Spezial-Verkaufsort: **Neukölln, Bergstr. 67** am Ringbahnho.

Das **Schulprogramm** der

Sozialdemokratie v. RICH. LOHMANN

Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer u. Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen, sondern auch die höchsten Möglichkeiten zur Christlichen Erziehung des Kindes dargelegt werden.

Preis: **0,40 Goldmark**

J. H. W. Dietz Buchh. G. m. b. H. BERLIN SW. 68 LINDENSTR. 4

Für die kommenden Wahlen

haben wir eine Serie moderner und effektvoller **Wahlplakate**

hergestellt, die von durchschlagender Wirkung sind. Sie dienen allen Werbezwecken der **D. D. P.**

Mutter gegen **1 Mark.**

Büchsenfabrik Friedr. Meyer & Co.

Lübener Volksbote Lübeck.

Direkt an Private

Achtung! **Wiederverkäufer!**

Ich war der billigste und bleibe der billigste bei bekannter reeller Bedienung

Marken-Zigaretten!

Manoli, Reemtsma, Josselt, Wenzel, Konstantin, Gatscheri usw.

Zigarren nur erst Häuser! Rauch-, Kan- und Schnupftabake

Winkler, (siehe Anzeiger) Berl. SW. 68, Eindeutsche 2

Kleingärtner Siedler u. Pächter erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den Kommissar von

DR. ED. DAVID

Die Siedlungsgesetzgebung einschließlich Heimstätten-gesetz, Kleingärtner- und Pächter-schutzordnung

Preis geb. Goldmk. — 30 broschiert — 40

J. H. W. Dietz Nchfg. G. m. b. H.

Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Inventur-Ausverkauf

für ferne Haarbetten

Transformations, Unterlagen, Teile, Locken, Zöpfe usw. bieten sich für nur kurze Zeit günstige Gelegenheit. Noch nicht erschöpfener Bestand. Besichtigung von Haarersatz. — Besichtigung ohne Kaufzwang. — Separates Sprechzimmer. — Preis: 100% Preisermäßigung

Wiegold Haar-Haus

Berlin W, Hotelbldstr. 14 / part. u. 1. Etage